



Kantonsrat

Dringliches Postulat Pia Engler und Mit. über Wie kann die Sicherung der Wirtschaftliche Sozialhilfe in Zeiten der Corona-Krise gewährleistet werden

Eröffnet am

Der Regierungsrat wird aufgefordert zusammen mit den Gemeinden und Städten an einem runden Tisch die Bedeutung und Herausforderungen der Corona-Krise für die Wirtschaftliche Sozialhilfe zu diskutieren. Dabei sollen auch Wege und Lösungen gesucht werden, diese Herausforderungen gemeinsam bewältigen zu können. Es gilt sicherzustellen, dass die Gemeinden und Städte auch nach einer starken Zunahme der Anzahl Unterstützungsbedürftiger die Existenzsicherung für die Bevölkerung und die notwendige Beratung der Betroffenen sichern können.

Begründung:

Die Corona-Krise bedeutet weltweit und für die Schweiz den grössten wirtschaftlichen Einschnitt seit dem 2. Weltkrieg. Ihre wirtschaftlichen Auswirkungen gehen weit über jene der Finanzkrise 2008/2009 hinaus. Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig ein verlässlicher Sozialstaat ist. Das solide soziale Sicherungssystem in der Schweiz bewahrt weite Teile der Bevölkerung vor einem schnellen sozialen Abstieg und akuter Armut. Gleichzeitig stellen die Auswirkungen der Coronakrise eine grosse Herausforderung für das System der sozialen Sicherheit in der Schweiz dar. Die Anfang April beschlossenen Massnahmen des Bundes in der Arbeitslosenversicherung und bei der Erwerbsersatzentschädigung unterstützt einen erheblichen Teil der Bevölkerung. Ein erster Ansturm auf die Institution der Sozialhilfe konnte so abgewendet werden und viele haben ihre Anträge auf Unterstützung wieder zurückgezogen.

Eine verlässliche Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung für die kommenden zwei Jahre zu erstellen, ist grundsätzlich schwierig. Es ist aber möglich, die Faktoren zu bestimmen, die die Fallzahlen und Kosten in der Sozialhilfe beeinflussen werden. Es sind dies die steigende Zahl der Ausgesteuerten und erwerbslosen Selbständigen, die sinkende Zahl von Personen, die sich von der Sozialhilfe ablösen können und – unabhängig von der Corona-Krise – der Übergang der finanziellen Verantwortung für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, die in den Jahren 2014-2016 in die Schweiz gekommen sind.

Es werden in den kommenden Wochen und Monaten mit Konkursen von Unternehmen gerechnet. Ein Teil der Personen in Tieflohnsegmenten, die ihre Arbeit verlieren werden, werden neben dem Bezug von Arbeitslosenversicherung auf Sozialhilfe angewiesen sein, um ihre Familie über die Runden bringen zu können. Die Gemeinden werden mit geringeren Steuereinnahmen rechnen müssen und auf der anderen Seite mit höheren Ausgaben für die Sozialwerke.

Je nach wirtschaftlicher Entwicklung dürfte die Anzahl der Unterstützungsbedürftigen auf hohem Niveau verharren. Die Gemeinden haben schon heute die grosse Herausforderung, die steigenden Kosten der sozialen Sicherheit zu stemmen. Weiter wird dies auch personell eine

Herausforderung, wenn innerhalb einer kurzen Zeit, viele neue Dossiers aufgenommen, abgeklärt und bewirtschaftet werden müssen.

Dem guten Funktionieren der Sozialhilfe als wichtiger Baustein im sozialen Sicherungssystem kommt in den nächsten Jahren eine grosse gesellschaftliche Bedeutung zu. Angesichts der zu erwartenden Zunahme der zu unterstützenden Personen und der Kosten für die Sozialhilfe braucht es eine lösungsorientierte Zusammenarbeit von Sozialhilfe, Sozialversicherungen und politisch Verantwortlichen. Der Kanton soll die Gemeinden und Städte darin unterstützen, diese Spitze gut zu bewältigen, ohne dass die Gemeinden und Städte, das Personal und die Unterstützungsbedürftigen ins Schlingern geraten. Diese Krise können wir nur gemeinsam bewältigen.